

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Frankreichs Wirtschaftspolitik mit dem Ziel des gemeinsamen Marktes

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1958) : Frankreichs Wirtschaftspolitik mit dem Ziel des gemeinsamen Marktes, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 2, pp. 100-104

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132598>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das ägyptische Pfund kann, wenn man von Sonderregelungen („B“-Pfund u. a.) absieht, als eine Binnenwährung bezeichnet werden, denn sowohl der Import als auch der Export von ägyptischen Pfundnoten ist, mit Ausnahme eines Betrages von 20 £E pro Person, verboten. Es kann angenommen werden, daß ägyptische Pfundnoten aus dem Sudan auf dritte Märkte gelangen, wo sie aus Mangel an Nachfrage zu niedrigen Kursen abgesetzt werden können. Der Kurs der £E-Note liegt heute etwa 40—45 % unter pari.

Die Währungspolitik der Regierung ist dahin ausgerichtet, den Kurs des Pfundes im Ausland zu stabilisieren bzw. zu heben. Es besteht eine „halbamtliche“ Anerkennung einer Abwertung der £E-Devisen um 10—20 %, doch besteht heute keineswegs die Absicht, das ägyptische Pfund offiziell abzuwerten. Im

unsichtbaren Zahlungsverkehr mit dem Ausland wird nach wie vor die amtliche Parität in Anrechnung gebracht.

Die Devisensituation Ägyptens ist heute nicht leicht, doch verdient es hervorgehoben zu werden, daß Ägypten bisher allen seinen einmal eingegangenen Transferverpflichtungen nachgekommen ist. Auch ist es dem Finanzminister gelungen, die Golddeckung von 65 Mill. £E unangetastet beizubehalten. Der Fortgang der Industrialisierung wird auch weiterhin große Ansprüche an die Devisenbilanz stellen, wobei allerdings die sowjetische 700 Mill. Rubel-Anleihe eine gewisse Erleichterung bringen dürfte. Auch die über kurz oder lang zu erwartende Freigabe der in London und New York blockierten Devisenguthaben dürfte zur Überbrückung der bestehenden Schwierigkeiten beitragen.

Frankreichs Wirtschaftspolitik mit dem Ziel des Gemeinsamen Marktes

Alfred Frisch, Paris

In mancher Beziehung ist Frankreich ein Sorgenkind des Gemeinsamen Marktes. Nicht zu Unrecht ist man über die Unsicherheit seiner Wirtschaftspolitik, sein mangelndes Gleichgewicht, seine nur teilweise überwundenen strukturellen Schwächen und seinen Devisenmangel beunruhigt. Protektionismus und dirigistische Tendenzen erregen bei vielen Anstoß. Allerdings entsprechen die Meldungen über die französische Wirtschaftslage häufig nicht den Tatsachen. Schuld daran ist die sehr subjektive Einstellung der französischen Presse, die immer wieder geneigt ist, die eigenen Angelegenheiten möglichst schwarz und negativ zu sehen. Wohl in keinem westlichen Land besteht ein so großer Unterschied zwischen dem der Öffentlichkeit dargebotenen Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse und der tatsächlichen Lage. Die Rücksicht auf die ständigen finanziellen Forderungen des Parlaments und auf den Widerstand der öffentlichen Meinung gegen jede auch noch so bescheidene „austerity“ zwingt zudem die Regierung, die Dinge viel schwärzer auszumalen, als sie es in Wirklichkeit sind. Dies bedeutet natürlich nicht, daß sich Frankreich augenblicklich in einer rosigen Lage befindet. Eine Katastrophensituation ist aber ebenfalls nicht berechtigt. Jedenfalls ist es erforderlich, den Versuch zu unternehmen, die Gegebenheiten sachlich und ohne Voreingenommenheit zu sehen.

WIRTSCHAFTLICHE GEGEBENHEITEN

Drei Gruppen von Faktoren verdienen Berücksichtigung: Produktion, Löhne und Preise, Außenhandel und Devisen.

Die Produktionsentwicklung setzte sich 1957 kräftig fort. In vielen Monaten lag der Industrieproduktionsindex um 7 bis 8 % über dem Vorjahresstand. Die Suezkrise, die im abgelaufenen Jahr überwunden werden mußte, brachte keine Verlangsamung. Das gilt auch für die Einschränkung der Einfuhren im zwei-

ten Halbjahr oder die Anspannung des Arbeitsmarktes, dem übrigens die wiederholt versprochenen demobilisierten Militärkontingente nicht zugeführt wurden. Diese starke Produktionsentwicklung wirkte antiinflationistisch, d. h. die starke Kaufwelle, die sich besonders im zweiten Halbjahr 1957 bemerkbar machte, hätte verhängnisvollere Folgen gehabt, wären nicht der Produktionsapparat und auch die Lagerhaltung in der Lage gewesen, die Nachfrage weitgehend zu befriedigen. Die Elastizität der französischen Industrie überraschte selbst sachkundige Beobachter, die ihre weiteren Expansionsmöglichkeiten, besonders unter Berücksichtigung des Arbeitermangels, für viel begrenzter gehalten hatten. Die französische Wirtschaft machte sich offensichtlich erhebliche Produktivitätsreserven zunutze, d. h. es gelang ihr, mit der gleichen Zahl von Arbeitern dank besserer Organisation und Modernisierung der Maschinen eine wesentlich höhere Leistung zu erzielen. Ein gerade veröffentlichter Bericht des französischen Generalsekretariats für Produktivität weist auf Produktivitätsunterschiede von 100 % und mehr zwischen den Spitzenbetrieben und dem Durchschnitt hin. Er gelangt zu dem Schluß, daß verhältnismäßig geringe Anstrengungen genügen, um in kurzer Frist in der Mehrzahl der französischen Betriebe die Produktivität um 20 bis 30 % zu steigern. Außerdem war es möglich, zusätzliche Arbeitskräfte durch stärkere Heranziehung der Frauen, der älteren Jahrgänge sowie des ländlichen Bevölkerungüberschusses zu mobilisieren. Eine nicht geringe Rolle spielte schließlich die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte, die nach langen Jahren 1957 wieder in größerem Umfang anließ und 140 000 Arbeiter stellte. Die Hinweise der französischen Industrie auf eine mögliche Rohstoffverknappung entbehrten der sachlichen Berechtigung. Gerade im ersten Halbjahr 1957 wurden die Rohstofflager spekulativ weit über das normale Maß hinaus aufgestockt. Ein französischer

Sachverständigenbericht durfte am Jahresende versichern, daß 1958 die Expansion von der Rohstoffseite her auch dann nicht gefährdet wäre, wenn Frankreich keine Auslandskredite erhielt. Der Ausgleich könnte durch die Normalisierung der Warenlager geschaffen werden.

Ohne Rückwirkungen auf den Produktionsumfang blieben ferner die Krediteinschränkungen und die Einsparungen der Staatskasse. Das französische Kreditgefüge ist schon deshalb sehr schwer zu beurteilen, weil der Bankkredit eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle spielt. Die Krediteinschränkungen betreffen fast ausschließlich den kurzfristigen Wechseldiskont, und die Betriebe können sie entweder durch eine schlechtere Zahlungsmoral oder durch beschleunigten Zahlungsmittelumlauf in den Verbraucherschichten ausgleichen. Außerdem haben sie häufig die Möglichkeit, auf eigene Reserven zurückzugreifen. Es gibt Unternehmen, die den Diskontkredit als billige Finanzierungsquelle ausnutzen, um ihre eigenen Mittel für andere Zwecke besser verwenden zu können. Der mittelfristige Bankkredit war für die Industrie stets von geringer Bedeutung. In wenig orthodoxer Form wurde er in den letzten Jahren unter Einschaltung der Notenbank zunehmend für die Finanzierung des Wohnungsbaues verwendet und erfuhr aus diesem Grunde eine weitere Ausweitung. Stark in Rechnung zu stellen ist andererseits die ungewöhnliche Flüssigkeit des privaten französischen Kapitalmarktes, der 1957 sehr hohe Milliardenbeträge für die Erdölwirtschaft mobilisierte und gegen Jahresende eine Eisenbahnleihe ohne weiteres um 100% überzeichnete. In einem derartigen Klima sind der einschränkenden Kreditpolitik der Regierung zwangsläufig enge Grenzen gesetzt. Die Rückwirkungen der angestrebten Sanierung der Staatsfinanzen auf die Wirtschaftstätigkeit werden aus nicht ganz ersichtlichen Gründen überschätzt. Man behauptet immer wieder, die im Investitionssektor vorgenommenen Einsparungen könnten zu einer Deflationskrise führen. In Wirklichkeit liegen die staatlichen Investitionskredite einschließlich des Wohnungsbaues 1958 höher als 1957. Die Kürzungen betreffen lediglich die neuen Verpflichtungen, da sonst die staatlichen Investitionswünsche weit über das erträgliche Maß hinausgegangen wären. Zum Teil kann hierfür ein Ausgleich über den privaten Kapitalmarkt geschaffen werden. Das sollte nicht zuletzt für den Wohnungsbau der Fall sein. Übrigens ist die Zahl der in Angriff genommenen und infolge mangelnder Leistungsfähigkeit nicht fertiggestellten Wohnungen so groß, daß die französische Bauindustrie voraussichtlich mit den bereits bewilligten Mitteln zumindest bis Mitte 1959 voll beschäftigt ist. Die offiziellen Konjunkturvoraussagen müssen mit Vorsicht aufgenommen werden, denn sie hinkten bisher stets der günstigen Entwicklung nach. Das Finanzministerium rechnete für seine Steuerschätzungen mit einer Produktionszunahme von 2 bis 3% im Jahre 1958, während optimistischere Wirtschaftssachverständige, die sich in der Vergangenheit selten täuschten, 4 bis 5% voraussagen. Das könnte als eine günstige Entwicklung angesehen werden. Im Januar war jedenfalls von einem Nachlassen der Geschäftstätigkeit

noch nichts zu merken. Und wenn der Druck der Kaufkraft nachlassen sollte, wäre es erforderlich, die stark beanspruchten Warenlager des Handels in den kommenden Monaten wieder etwas aufzustocken.

Die Labilität des Preisgefüges, das nach einer kurzen Periode der Stabilität seit zwei Jahren wieder ins Schwanken gekommen ist, wirkt sich zweifellos als störender Unsicherheitsfaktor aus. Nach ungefähren Berechnungen stiegen die französischen Lebenshaltungskosten in einem Jahr um rund 10%. Das ist ein beängstigender Satz, selbst wenn man berücksichtigt, daß er sich praktisch auf zwei Jahre verteilt, weil durch künstliche Maßnahmen die Preise solange stabil gehalten wurden, bis dann plötzlich eine ziemlich krasse Angleichung an die tatsächlichen Verhältnisse durchgeführt werden mußte. Es ist nicht ganz leicht, die Ursachen für diese plötzliche französische Inflation mit Gewißheit zu erkennen. Ein Teil der Preissteigerung entspricht wohl der allgemeinen internationalen Entwicklung. Nicht wenige Wirtschaftsbeobachter neigen zu der Überzeugung, daß es keine dauernde Expansion ohne ein Mindestmaß an Inflation gibt. Über dieses Mindestmaß ist Frankreich allerdings weit hinausgegangen. Die Gründe hierfür liegen wahrscheinlich mehr in den Löhnen als in den Staatsfinanzen. Gewiß, der Algerienkrieg und verschiedene andere französische Unternehmungen wurden inflationistisch finanziert. Die hierdurch geschaffene Kaufkraft hätte jedoch fast ganz, ohne Preissteigerungen auszulösen, durch das eigene Angebot und den überhöhten Import befriedigt werden können. Wenn es trotzdem zur Inflation kam, dann hauptsächlich, weil die Gesteuerungskosten dem Lohndruck nicht standhalten konnten, weil bereits 1955 die Löhne schneller stiegen als die Produktivität und es 1956 anstelle der damals erforderlichen Pause zu einer neuen Welle sozialer Fortschritte kam: Verlängerung des bezahlten Urlaubs, verschiedene Lohnerhöhungen usw. Hiermit war das Gleichgewicht endgültig erschüttert. 1957 hielten sich die Lohnaufbesserungen wieder in einigermaßen vernünftigem Rahmen. Zur Wiederherstellung der französischen Stabilität ist es nunmehr erforderlich, daß die Normalisierung des Preisgefüges keine neue Lohnwelle auslöst und sich die Arbeiter 1958 mit den Ergebnissen der Produktivitätsverbesserung begnügen. Diese Forderung ist keineswegs unbillig, denn vergleicht man die Lohn- und Preisentwicklung seit 1952, gelangt man auf jeden Fall zu dem Ergebnis, daß die Kaufkraft trotz allem real um 10 bis 15% zugenommen hat. Andererseits mangelte es in den letzten zwei Jahren nicht an zusätzlichen steuerlichen Belastungen der Unternehmer und der oberen Einkommenschichten, so daß gegen die soziale Gerechtigkeit wirklich nicht verstoßen wurde.

Eine Reihe von Preiserhöhungen müssen im Januar und Februar zum Abschluß des Normalisierungsprozesses noch hingenommen werden. Dann wird es sich zeigen, ob die von der Regierung energisch angestrebte Stabilisierung möglich ist. Psychologisch sind die Voraussetzungen augenblicklich günstig. Die Wirtschaft verzichtet auf die Spekulationsneigung, die in Frankreich lange so verhängnisvoll gewesen ist. Man konnte in den letzten Wochen erleben, daß trotz be-



Hanseatischer Afrika Dienst

Gemeinschaftsdienst der Reedereien

H. M. GEHRCKENS HAMBURG

FRANZ L. NIMTZ HAMBURG

Regelmäßige Fracht- und Passage-Gelegenheit

VON HAMBURG / BREMEN NACH WESTAFRIKA

reits bekannter Preiserhöhungen Waren aus Lagerbeständen nicht nur noch zum alten Preis verkauft, sondern dem Kunden als interessant angeboten wurden. Die gleiche wirtschaftliche Vernunft ist auf der Arbeitnehmerseite zu beobachten. Man kennt nunmehr die Zusammenhänge zwischen Wohlstand und Preisstabilität. Es erscheint vielen wichtiger, das Erreichte zu bewahren, als wegen ungewisser Aussichten alles zu verlieren. Es darf aber nicht vergessen werden, daß auch psychologisch gesehen das französische Gleichgewicht sehr anfällig ist. Recht zweifelhaft sind die Verhältnisse im verstaatlichten Wirtschaftssektor, der auf dem Gebiet der Preise und Löhne über eine viel geringere Bewegungsfreiheit verfügt und infolgedessen größeren Spannungen ausgesetzt ist. Jedenfalls sind echte Hoffnungen auf eine Stabilisierung der französischen Preis- und Lohnverhältnisse vorläufig keineswegs unberechtigt.

Als letzter Faktor ist schließlich die französische Devisenlage zu behandeln. Die Ausfuhr nach dem Ausland stagnierte lange um einen monatlichen Wert von 100 Mrd. ffrs. Nach der Francabwertung im August begann eine langsame, aber sichere Belebung mit Steigerungen auf 110, 115 und schließlich rund 125 Mrd. ffrs im Dezember 1957. Bei einigermaßen normalen und liberalen Verhältnissen muß Frankreich mit einer Einfuhr von 150 Mrd. ffrs rechnen. Von diesem Betrag können aus verschiedenen Gründen durchschnittlich etwa 13% in französischen Franc beglichen werden, so daß ein Devisenbedarf von etwas über 130 Mrd. ffrs verbleibt. Wäre es möglich, die Ausfuhr auf der zunächst als außergewöhnlich zu bezeichnenden Höhe vom Dezember zu halten, hätte man das Devisenproblem des französischen Mutterlandes, unter Berücksichtigung einiger Überschüsse der Zahlungsbilanz auf anderen Gebieten, praktisch gelöst. Offiziell hofft man, dieses Ziel tatsächlich bis Anfang 1959 zu erreichen. Bis zu diesem Zeitpunkt sichern die inzwischen bewilligten Devisenkredite die erforderliche Überbrückung, so daß Frankreich bis auf weiteres von dieser schwerwiegenden Sorge befreit zu sein scheint. Die offiziellen Anstrengungen konzentrieren sich daher stark auf die Förderung des Exportes, wobei man die bisherigen direkten Subventionen durch eine Reihe geschmeidigerer und weniger angreifbarer Vergünstigungen ersetzt. Diese reichen von beschleunigter Abschreibung über günstigere Kreditbedingungen bis zu Zinszuschüssen für größere Anleihen und dem diskreten Versprechen, auf schärfere Steuerkontrollen zu verzichten. Daneben wird man

auch die eine oder andere direkte oder indirekte Subvention spielen lassen. Inzwischen gelangten die Sachverständigen zu der Überzeugung, daß die französische Ausfuhr in der Vergangenheit viel weniger an den französischen Preisen scheiterte, die oft gar nicht zu hoch waren, als an mangelndem Exportwillen. Gerade diese Schwäche soll jetzt nicht zuletzt durch eine geeignete Mobilisierung der Klein- und Mittelbetriebe überwunden werden, die in der französischen Wirtschaftsstruktur so stark ins Gewicht fallen. Auch hier lassen sich günstige psychologische Voraussetzungen beobachten. Der Gemeinsame Markt rüttelte ganz offensichtlich den französischen Unternehmer auf. Plötzlich ist er bemüht, über seinen eigenen nationalen Kreis hinauszusehen und sich für die weltweiten Vorstellungen zu interessieren. Plötzlich betrachtet man den Export fast als Sport. An die Stelle einer langen Gleichgültigkeit tritt eine Bereitschaft, die sich bei günstiger, d. h. bei ermutigender internationaler Konjunktur leicht in Begeisterung umwandeln kann.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE LINIE

Die französische Wirtschaftspolitik verfolgt augenblicklich drei Ziele, die in enger Beziehung zu den erläuterten Gegebenheiten stehen: Expansion, Preisstabilität und Exportsteigerung.

Für Frankreich wurde die Expansion in den letzten Jahren fast zum Dogma. Man will mit einer Vergangenheit, die im Laufe der letzten fünfzig Jahre zu einer bedenklichen Verknöcherung führte, endgültig brechen. Man ist sich sehr stark der wirtschaftlichen Erfordernisse der jungen Generation bewußt, die durch Geburtenzunahme viel zahlreicher vertreten ist, d. h. man fühlt sich unbedingt dazu verpflichtet, für die heranwachsenden Menschen zusätzliche Arbeitsplätze vorzubereiten. Allein in einem Klima der Expansion glaubt man, wohl mit Recht, Fehler in der wirtschaftlichen Struktur ohne allzu große Opfer für die Beteiligten und damit auch ohne hemmenden politischen Widerstand überwinden zu können. Außerdem denkt man an die zukünftige Rolle Frankreichs innerhalb Europas. Ohne Steigerung des Wirtschaftspotentials befürchtet man, von Deutschland überflügelt zu werden. Man besteht daher auf den erforderlichen Investitionen, um die Grundlagen für einen widerstandsfähigen Produktionsapparat zu schaffen, wobei die verschiedenen Energiequellen den Vorrang genießen. Aus dem gleichen Geiste entspringt die in Frankreich zu beobachtende Begeisterung für Atomenergie und Erdöl. Dieser Drang zum Fortschritt ist bereits weit mehr als Theorie. Die Wirtschaft selbst

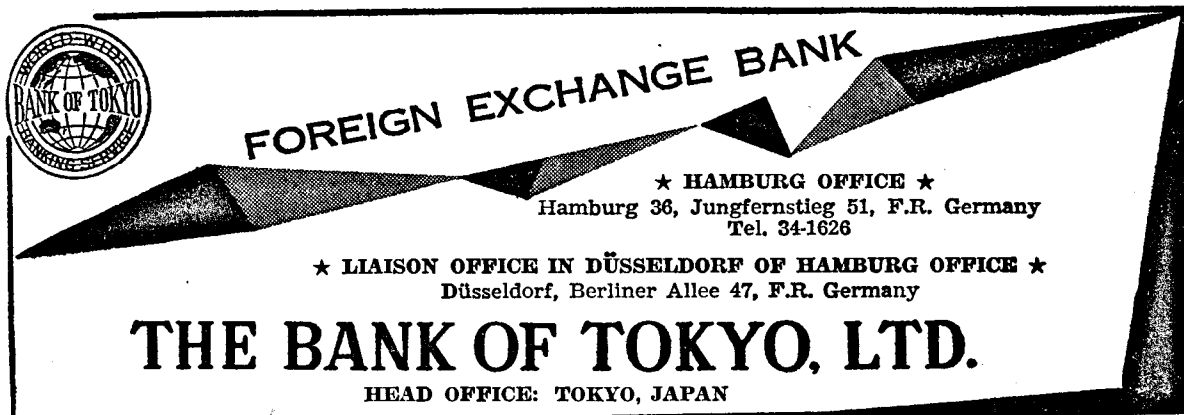
bringt hierfür ohne weiteres die erforderlichen Opfer, der Kapitalmarkt zeichnet mit überraschender Großzügigkeit Anleihen oder Aktienemissionen zugunsten der Elektrizitätswerke, der Erdöl- oder auch der Atomwirtschaft. Für alles, was die Expansion betrifft, gibt es weder eine Rivalität zwischen Staat und Privatwirtschaft noch irgendeine Diskussion über die Zweckmäßigkeit von Dirigismus oder Liberalismus. Die Privatwirtschaft ist durchaus damit einverstanden, daß der Staat ihre Anstrengungen unterstützt und für die Zukunft plant. Die Zusammenarbeit des Privatkapitals mit staatlichen Unternehmen oder autonomen öffentlichen Körperschaften erfolgt völlig reibungslos und ohne jede ideologische Einschränkung.

Andererseits ist man nicht gewillt, die Expansion der Preisstabilität, die zweifellos energisch angestrebt wird, zu opfern. Die antiinflationistische Politik der Regierung muß nach übereinstimmender Überzeugung der Politiker und der Wirtschaftler, der Gewerkschaftler und der Unternehmer dort haltmachen, wo sie beginnt, die Expansion zu behindern. Im Notfall nimmt man zugunsten des wirtschaftlichen Aufstiegs eine gewisse Inflation in Kauf. Das Kernstück der antiinflationistischen Politik ist die Preiskontrolle, die in Form des Preisstops erfolgt. Recht überraschend ist festzustellen, daß dieses System tatsächlich in den wichtigsten Sektoren funktioniert, obwohl man in Frankreich genau das Gegenteil hätte erwarten dürfen. Der Preisstop richtet sich übrigens nicht ausschließlich gegen die Unternehmer, sondern gilt auch als indirektes Mittel für die Begrenzung der Löhne, die nach den jetzt gültigen Bestimmungen nur dann erhöht werden dürfen, wenn dies ohne Preissteigerung geschehen kann. Man verbindet den sozialen Fortschritt, den man unbedingt verwirklichen will, eng mit der Expansion. Diese soll die wirtschaftliche Voraussetzung hierfür durch eine Produktion schaffen, die die Produktivität steigert. Der Preisstop hat übrigens keinerlei doktrinären Hintergrund. Auch er gehört zur Expansionspolitik, indem er indirekt eine nicht immer orthodoxe Investitionsfinanzierung durch die Verkleinerung der inflationistischen Gefahr ermöglicht.

Im Interesse der Stabilität ist natürlich eine Sanierung der Staatsfinanzen unentbehrlich. Gerade auf diesem Gebiet lebt Frankreich über seine Verhältnisse. Vielleicht weniger, weil der Staat für seine laufenden

Verpflichtungen zu viel ausgibt, sondern eher, weil er sich um zu viele Aufgaben, die ohne seine finanzielle Intervention gelöst werden könnten, kümmert. Es ist nicht zuletzt psychologisch ungesund, die Finanzierung des Wohnungsbaues über die Staatskasse laufen zu lassen, indem man die Sparkassen zwingt, ihre Überschüsse fast restlos einem staatlichen Kreditinstitut, der „Caisse de Dépôts et de Consignations“, zur Weiterleitung an die Staatskasse zur Verfügung zu stellen. Es wäre einfacher, die Sparkassen wie in Deutschland unmittelbar in den Wohnungsbau und die allgemeine Investitionsfinanzierung einzuschalten. Der sehr verzweigte Apparat der sogenannten Parafiskalität, d. h. ein System zahlreicher vom Staat erhobener Sonderabgaben, die Subventionen verschiedenster Art dienen, stellt ebenfalls eine schwere Belastung dar. Ein Musterbeispiel dieser Art liefert die Filmindustrie. Neben der Steuer erhebt der Staat auf alle Kinokarten eine Sonderabgabe, womit er die sonst unwirtschaftliche Filmindustrie unterstützt, während er gleichzeitig die Kinopreise blockiert. Es wäre einfacher, die Kinopreise normal um diese zusätzliche Abgabe zu erhöhen, auf die staatliche Einmischung zu verzichten und der Filmindustrie zu gestatten, nach wirtschaftlichen Grundsätzen ihr Gleichgewicht zu finden. Das weitverzweigte französische Subventionswesen ist eine Auswirkung des Protektionismus. Alle Interessengruppen suchen dauernd nach Mitteln und Wegen, um sich gegen die Gefahren des Alltages, des freien Konkurrenzkampfes, zu schützen. Das ist die Ursache für eine fast hoffnungslose Verfilzung der öffentlichen Finanzen. Die bisher durchgeführten Reformen gingen nicht sehr weit. Das Subventionsunwesen ist für die französischen Finanzen wahrscheinlich verhängnisvoller als ihre Belastung durch den Algerienkrieg. Eine unendlich lange Liste von Steuerermäßigungen oder Steuerbefreiungen, die sich praktisch jeder echten Kontrolle entziehen, erschwert die Lage noch mehr.

Unabhängig hiervon war es zweifellos ein glücklicher Beschluß des jetzigen Finanzministers Pflimlin und seines Vorgängers Gaillard, auf der Verringerung des Gesamtfehlbetrages der Staatskasse von 900 bis 1000 Mrd. ffrs auf 600 Mrd. ffrs zu bestehen. Aber auch dieses Defizit ist für eine energische Politik der Expansion bei größtmöglicher Stabilität noch um mindestens 200 Mrd. ffrs zu hoch. Man darf auch nicht



FOREIGN EXCHANGE BANK

★ HAMBURG OFFICE ★
Hamburg 36, Jungfernstieg 51, F.R. Germany
Tel. 34-1626

★ LIAISON OFFICE IN DÜSSELDORF OF HAMBURG OFFICE ★
Düsseldorf, Berliner Allee 47, F.R. Germany

THE BANK OF TOKYO, LTD.

HEAD OFFICE: TOKYO, JAPAN

vergessen, daß trotz der drastischen Sparmaßnahmen, die die Kreditanträge der einzelnen Ministerien um über 700 Mrd. frs kürzten, die Ausgaben 1958 nicht wenig über dem Vorjahresstand liegen und die französische Wirtschaft sehr bedeutende zusätzliche Steuern hinnehmen mußte. Man muß sich ernstlich fragen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, durch Steuer-senkung die Eigenfinanzierung der Investitionen zu erleichtern, anstatt die Wirtschaft auf der einen Seite durch Steuern auszupumpen, um ihr auf der anderen Seite aus der Staatskasse die erforderlichen Mittel durch Investitionshilfe, Subventionen und sonstige Sondermaßnahmen wieder zuzuführen.

Die dritte Zielsetzung der französischen Wirtschaftspolitik betrifft den **Außenhandel**. Frankreich besaß traditionell eine passive Handelsbilanz, die es durch Finanzhilfen und seit dem zweiten Weltkrieg durch Auslandshilfen oder außergewöhnliche Einnahmen ausglich. Seine Wirtschaft zeichnete sich sehr deutlich durch eine Binnenorientierung mit starkem Zug zur Autarkie aus. Die Einfuhr brauchte lediglich einen kleinen Prozentsatz des Bedarfs zu decken, besonders solange ein gewisses Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft bestand. Nur setzte diese Autarkie, die sich Frankreich wohl als einziges europäisches Land leisten konnte, eine wirtschaftliche Stagnation voraus. Sobald man sich entschloß, diese schrittweise zu überwinden, sobald man gegen den Einfluß der eigenen Landwirtschaft den Weg des modernen Industriestaates ging, wurde man, vor allen Dingen in der Energie- und Rohstoffwirtschaft, viel stärker importabhängig, und die passive Handelsbilanz war nicht mehr länger tragbar. 1957 waren die Devisenreserven erschöpft und Frankreich am Ende seiner Möglichkeiten. Die inzwischen bewilligte ausländische Kredit-hilfe gestattet lediglich die Überbrückung einer kurzen Übergangszeit. Auch die vielleicht einmal mögliche Mobilisierung des französischen Hortungsgoldes und des Fluchtkapitals zugunsten der Devisenreserven würde strukturell an den Verhältnissen nichts ändern. Dazu kommt der Wunsch der verantwortlichen französischen Kreise, sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft endlich auf den so schädlichen Protektionismus zu verzichten und über den Rahmen des

Gemeinsamen Marktes hinaus die freie internationale Konkurrenz spielen zu lassen, da der Protektionismus mit der Expansion und der strukturellen Gesundung des Landes völlig unvereinbar ist. Seine stärkste Stütze ist augenblicklich die Devisenverknappung, die man daher so schnell wie möglich beseitigen will, wobei man nicht zuletzt an den kategorischen Imperativ des Gemeinsamen Marktes denkt. Alle weit-sichtigen und vernünftigen französischen Wirtschafts-beobachter sind unbedingt der Überzeugung, daß Frankreich die europäische Konkurrenz in keiner Weise zu fürchten hat und durchaus in der Lage ist, sich seinen Platz in der kommenden Gemeinschaft zu sichern. Augenblicklich geht es darum, innerhalb der französischen Wirtschaft ein echtes Exportbewußtsein entstehen zu lassen und die Erzeuger vom Binnenmarkt auf die Ausfuhr umzuorientieren. Das ist nicht ganz leicht, da in Frankreich die Klein- und Mittelbetriebe, denen am Export am wenigsten liegt, noch übergroßes Gewicht besitzen. Erste Erfolge konnten bereits verbucht werden. Es bestehen gute Aussichten, das gesteckte Ziel zu erreichen. Wenn der devisenmäßige Fehlbetrag der Handelsbilanz bis Anfang 1959 beseitigt würde, dann wäre auch in Frankreich die Bahn frei für eine konstruktive wirtschaftliche Euro-papolitik.

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß die fran-zösische Wirtschaftspolitik keinen ideologischen, sondern einen vorwiegend empirischen Charakter besitzt. Staatliche Interventionen, Dirigismus, Preiskontrolle usw. stützen sich nicht auf doktrinäre Überzeugun-gen, sondern ergeben sich zwangsläufig aus den je-weiligen Verhältnissen. Sicherlich wäre es in nicht seltenen Fällen möglich, andere Methoden anzuwen-den. Das Schutzbedürfnis der einzelnen Wirtschaftsgruppen förderte in der Vergangenheit jedoch sehr häufig die dirigistische Wirtschaftspolitik. Man darf behaupten, daß der Liberalismus in Frankreich viel stärker durch den Protektionismus behindert wird als durch das sozialistisch-planwirtschaftliche Gedanken-gut. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte daher der Gemeinsame Markt durch die weitreichende Neutra-lisierung des Protektionismus einer liberaleren fran-zösischen Wirtschaftspolitik den Weg ebnen.

Bezugspreise für den WIRTSCHAFTSDIENST: Einzelpreis: DM 3,50, vierteljährl. DM 10,—, mit Beilage „Weltkartei der Wirtschaftspresse“ vierteljährl. DM 36,— oder mit „Bibliographie der Wirtschaftspresse“ viertel-jährl. DM 36,—. Zu beziehen vom Verlag Weltarchiv GmbH., Hamburg 36, Poststr. 11, oder durch den Buchhandel